

## **Reisebericht Mosambik (03. – 08. Dezember 2023)**

Deutschland und Mosambik sind seit der Unabhängigkeit des südafrikanischen Landes im Jahr 1975 freundschaftlich eng verbunden. 2025 werden beide Länder das 40-jährige Jubiläum ihrer Entwicklungszusammenarbeit feiern. Mit meinem Besuch in dem Land, welches seit Jahresbeginn zum ersten Mal einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehat, wollte ich diesen guten Beziehungen neuen Schwung verleihen.

Neben Gesprächen mit dem stellvertretenden Außenminister des Landes, Herrn Manuel Gonçalves, traf ich in der Hauptstadt Maputo auch die Präsidentin des mosambikanischen Parlaments, Frau Esperança Bias. Mit ihr tauschte ich mich zu parlamentarischen Prozessen und Wahlen aus. Aufgrund des umstrittenen Ergebnisses der Kommunalwahlen vom 11. Oktober befand sich Mosambik zuletzt in einer innenpolitisch angespannten Situation.

Nachdem der Nationale Wahlrat zunächst der regierenden FRELIMO-Partei 64 der 65 Wahlkreise zugesprochen hatte, erklärte der von der Opposition angerufene Verfassungsrat am 24. November die RENAMO als stärkste Oppositionspartei zur Wahlsiegerin in vier Städten. In der Stadt Beira hatte sich die kleine Oppositionspartei MDM behaupten können. Aus Protest war die Opposition nach Bekanntgabe der Ergebnisse zunächst den Sitzungen des Parlaments ferngeblieben. Hierüber konnte ich mit den Fraktionsvorsitzenden der drei Parteien sprechen.

Dass Gewaltenteilung mit einem starken Parlament und einer unabhängigen Justiz zentrale Elemente für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind, war u.a. Thema meines Austausches mit Dr. Lúcia do Amaral. Sie ist Präsidentin des Verwaltungsgerichts in Mosambik, einem langjährigen Kooperationspartner Deutschlands und der EU. Im Oktober 2024 wählt Mosambik ein neues Parlament und ein neues Staatsoberhaupt.

Ein zentrales Thema dieser Reise war das der mosambikanischen Vertragsarbeiter\*innen in der DDR. Unser Parlament hat sich bereits mehrfach mit diesem Thema beschäftigt, welches vielen in Deutschland nur wenig bekannt ist. Rund 17.000 Mosambikanerinnen und Mosambikaner arbeiteten in den 1980er Jahren in Betrieben der ehemaligen DDR. Grundlage hierfür war ein Vertrag zwischen beiden Regierungen aus dem Jahr 1979, nach dem Teile ihres Lohnes in der DDR einbehalten und mit Schulden des Staates Mosambik gegenüber der DDR verrechnet wurden. Im Januar dieses Jahres hatte ich hierzu an einem Fachgespräch im Bundestag teilgenommen, das von der SED-Opferbeauftragten initiiert wurde.

Der Austausch mit Vertreter\*innen dieser Gruppe in Maputo war sehr eindrücklich und bewegend. Im Gespräch, mitunter auf fließendem Deutsch, erzählten mir acht ehemalige Arbeiter\*innen von ihren persönlichen Geschichten

in der DDR und ihrem Leben zwischen Mosambik und Deutschland nach dem Fall der Berliner Mauer. Mit dem Ende der DDR mussten viele von ihnen nach Mosambik zurückkehren, wo Bürgerkrieg herrschte und sie zum Militärdienst eingezogen wurden. Kinder, die aus Verbindungen zwischen Mosambikaner\*innen und Deutschen hervorgegangen waren, verloren häufig den Kontakt zu dem in Deutschland verbliebenen Elternteil und suchen diesen mitunter bis heute.

Die Rückkehr nach Mosambik war nach vielen Jahren im Ausland nicht einfach; vieles hatte sich verändert. Bis 1992 herrschte Bürgerkrieg. Mit ihren in der DDR erworbenen Kenntnissen versuchten die Vertragsarbeiter\*innen, einen Beitrag zum Aufbau Mosambiks zu leisten. Dies wurde u.a. durch die mangelnde Anerkennung von Berufsabschlüssen erschwert.

Bis heute ergeben sich aus der gemeinsamen Geschichte Fragen, z.B. ob Ansprüche auf deutsche Renten bestehen oder wie die Kontaktaufnahme mit Familienmitgliedern in Deutschland, insbesondere Kindern, unterstützt werden kann. Wir wollen das Thema voranbringen und zur Aufarbeitung bestehender Fragen beitragen, auch im Rahmen von Kultur- und Erinnerungsarbeit. Denn die gemeinsame Geschichte ist ein Schatz, den wir heben müssen, solange wir noch mit der betroffenen Generation sprechen können.

In Maputo traf ich mich ebenfalls mit jungen Vertreterinnen des vom Auswärtigen Amt geförderten African Woman Leaders Network (AWLN). Seit 2020 gibt es auch in Mosambik einen Ableger von AWLN. Wir sprachen über die mosambikanische Innenpolitik, die anstehenden Wahlen und Fragen gesellschaftlicher Gleichstellung von Frauen. Die Kenntnisse und Analysen dieser Frauenrunde haben mich sehr beeindruckt! Diese Themen wurden auch von Prof. Adriano Nuvunga vom Zentrum für Demokratie und Menschenrechte (CDD) aufgegriffen.

Mosambik gehört zu einem der am wenigsten entwickelten Länder der Welt (185/191 auf dem Human Development Index) und ist stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Rund 70% der Gesamtbevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, das Bevölkerungswachstum ist mit 2,9% das zweithöchste im südlichen Afrika. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 20 Jahren. Gleichzeitig ist Mosambik ein an Bodenschätzen reiches Land.

So wurden vor wenigen Jahren im Norden, vor der Küste der Nordprovinz Cabo Delgado, große Erdgasfelder entdeckt. Wirtschaft und Infrastruktur in Cabo Delgado bleiben aber bislang nur schwach ausgebildet.

Seit 2017 nahmen bewaffnete Überfälle zu, die mit der Frustration und Perspektivlosigkeit der lokalen Bevölkerung zusammenhängen sollen. Schließlich bekannten sich die bewaffneten Gruppen zum IS und gingen immer brutale gegen die Bevölkerung vor. Städte und Dörfer wurden von den Terroristen erobert und die ca. 800.000 Menschen flüchteten aus ihrer Heimat.

Dies führte dazu, dass sich Mosambik um militärische Unterstützung von Truppen der Southern African Development Community (SADC) sowie der ruandischen Sicherheitskräfte bemühte, die Mitte 2021 eintrafen. Seit Oktober 2021 werden mosambikanische Truppen zudem von einer Trainingsmission der EU (EUTM) ausgebildet. Seitdem hat sich die Sicherheitslage in Cabo Delgado deutlich verbessert, wenngleich die Terroristen noch nicht vollständig vertrieben werden konnten.

Die Europäische Union unterstützt die drei Missionen mit insgesamt rund €125 Mio. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass Mosambik sein eigenes Territorium wieder vollständig kontrollieren kann. SADC plant seinen Rückzug bis zum Juli 2024. Meinem Eindruck nach sollte dieser so erfolgen, dass die gerade erst von der EUTM ausgebildeten mosambikanischen Truppen die SADC-Soldaten auch wirklich ersetzen können.

Um mir einen Eindruck von der Lage in Cabo Delgado vor Ort zu verschaffen, flog ich zum Abschluss meiner Reise aus Maputo in die im Norden gelegene Provinzhauptstadt Pemba. Dort traf ich Vertreter\*innen der Zentral- und Regionalregierung, internationaler Organisationen sowie der Missionen der SADC und Ruandas. Mit der EUTM war ich bereits in Maputo zusammengekommen. Während meiner Treffen sprachen wir auch darüber, das militärische Mittel im Kampf gegen den Terrorismus allein nicht ausreichen. Zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung der Region müssen sie durch zivile Maßnahmen ergänzt werden.

Die deutsche Regierung setzt als zweitgrößter bilateraler Geber gemeinsam mit der Regierung von Mosambik sowie UN-Organisationen und anderen Partnern zivile Projekte mit einem Gesamtumfang von aktuell rund 90 Mio. EUR um. Stellvertretend für dieses Engagement besuchte ich in Palma ein großes Stabilisierungsprojekt des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), in dessen Rahmen öffentliche Gebäude wiederaufgebaut und Einkommensmöglichkeiten für Menschen vor Ort geschaffen werden, z.B. im Rahmen von Bautätigkeiten oder Reinigungsarbeiten.

Die unterschiedlichen Maßnahmen und Akteure müssen gut miteinander koordiniert werden. Da hat die mosambikanische Regierung eine große Verantwortung. Die lokalen Vertreter in Palma berichteten mir von gemeinsamen Koordinierungsgremien, in die sie eingebunden sind. Das ist wichtig und richtig, denn letztlich wissen diejenigen vor Ort am besten, was gebraucht wird. Am häufigsten wurde mir der große Bedarf an Schulbildung geschildert.

Noch längst sind nicht alle Geflüchteten der Provinz wieder in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt. 600.000 Binnenvertriebene sollen es aktuell noch sein, ca. 80% von ihnen sind Frauen und Kinder. Ihre Situation war auch Teil meiner Gespräche mit lokalen und internationalen Vertreterinnen aus dem humanitären Sektor und der Entwicklungshilfe. Gender-based violence ist ein großes Problem

und wird wegen schwacher staatlicher Präsenz in Cabo Delgado selten strafrechtlich verfolgt. Auch kommt es nach wie vor zu Kinderehen.

Auch Energiekonzerne tragen eine sehr große Verantwortung für die Menschen in Cabo Delgado und die Befriedung der Region. Neben Exxon Mobil und ENI will TOTAL als leitendes Mitglied eines Konsortiums rund 20 Milliarden Euro in die Erdgasförderung in der Provinz investieren. Damit handelt es sich um eine der größten privatwirtschaftlichen, ausländische Direktinvestition auf dem afrikanischen Kontinent. Sie haben angekündigt, 200 Millionen Dollar in einen vom Staat verwalteten Fonds einzuzahlen, der der Bevölkerung zugutekommen soll, was aber erst noch umgesetzt werden muss. Zu all diesen Themen wollte ich nachfragen. Ein angefragter Termin mit Vertretern vom Energiekonzern TOTAL kam jedoch nicht zustande.

Mosambik hat Deutschlands Einladung auf der COP28 angenommen, als eines von vier Ländern in Afrika Mitglied des Klimaclubs zu werden. Die Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz und Energie ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements in Mosambik. Mit der auf der COP28 präsentierten Energy Transition Strategy hat sich die mosambikanische Regierung ehrgeizige Ziele gesetzt. Zu deren Verwirklichung trägt auch die Kooperation zwischen Deutschland und dem von mir besuchten, staatlichen Elektrizitätsunternehmen EDM bei, das auch für die Stromversorgung der Nachbarländer relevant ist.